

„Blockierte“ Gehwege – im Netz geht's hoch her

BM 05.07.

Von „völlig überzogen“ bis „bürokratischer Schwachsinn“ reichen die Kommentare zur Kritik an der Außengastronomie.

VON UDO TEIFEL

WERMELSKIRCHEN Die Stadtverwaltung sieht sich auch zwei Werktage nach der Sitzung des Beirates für Menschen mit Behinderung nicht in der Lage, eine Aussage zur Klärstellung der Genehmigung von Außengastronomie auf den Gehwegen der Innenstadt zu treffen. Indes geht's im Netz zur Sache. Die Kritik des Behindertenbeirates an der Außengastronomie und den „blockierten“ Gehwegen kann keiner nachvollziehen.

Im Beirat war am Donnerstag heftig Kritik geäußert worden, weil bei manchen gastronomischen Betrieben Tische und Stühle auf den „Gehweg-Laufbändern“ ständen;

Sehbehinderte könnten sich nicht orientieren; Rollator- und Rollstuhlfahrer müssten über das Kleinpflaster fahren, was schwerer zu bewältigen sei.

Die Kommentare zu der BM-Berichterstattung auf der BM-Facebookseite waren eindeutig. Ein User schrieb, er fahre täglich Rollstuhlfahrer durch die Innenstadt und habe noch nie auf die Straße ausweichen müssen, weil auf dem Bürgersteig kein Platz sei. Ein anderer erklärte, die Kritik sei vollkommen überzogen – wie viel „wollt ihr noch kaputt machen?“ Und die Vorwürfe gehen weiter. Da heißt es: Das sei ein bürokratischer Schwachsinn. Anstatt sich über Steuereinnahmen zu freuen, würden Unternehmern



Hohe Wellen schlägt die Diskussion über die Gehweg-Laufbänder im Netz.

BM-ARCHIVFOTO: MOLL

wieder einmal Steine in den Weg gelegt. Eine Userin meinte, dass die Stadt an der Gastronomie verdiene und man Innenstadt auch totreden könne. Sie empfahl hier mehr Toleranz.

Die WNKUWG vertritt den Standpunkt, dass die Kritik des Beirates gegenüber Betreibern von Außengastronomie, die das Stadtleben nachhaltig bereicherten, „nicht angemessen und fair“ sei. Fünf Prozent der Fläche seien zum Thema gemacht worden. „Die Laufbänder machen eben nur diesen Bruchteil der Flächen aus, die bauseitig ohnehin durch Straßen- und Grundstückseinfahrten unterbrochen“ seien, so Fraktionsvorsitzender Henning Rehse.

Über Urwahl wird im Herbst entschieden ^{WGA 5.7.}

Behindertenbeirat bleibt vorerst im Amt.

Von Karsten Mittelstädt

Auch wenn der Behindertenbeirat einstimmig die Urwahl und damit den Antrag der WNK UWG-Fraktion abgelehnt hat, für die WNK UWG ist das Thema noch nicht vom Tisch. Zwar wurde es gestern nicht im Rat diskutiert und auch in der Sondersitzung des Sozialausschusses am Donnerstag, 7. Juli, wird die Direktwahl nach Angaben von Henning Rehse kein Thema sein. „Das diskutieren wir in der Ratssitzung im September“, sagte Rehse auf WGA-Anfrage.

Thorn Seidel von der WNK UWG nahm die Position des Beirates für Menschen mit Behinderung nach eigener Aussage mit „Fassungslosigkeit und Unverständnis“ zur Kenntnis. Die WNK UWG will, dass alle Menschen mit Behinderung die Möglichkeit haben, in den Beirat gewählt zu werden und selbst zu wählen, wenn sie das möchten. Der Beirat lehnte das ab und will die bisherige Praxis beibehalten. Seit Jahren senden Interessensverbände Vertreter in den Beirat.

Seidel erklärt, er habe der Vorsitzenden des Beirates, Brigitte Hallenberg, umfangreiches Material zu dem Antrag übersandt und sie gebeten, die an die Mitglieder des Beirates

weiterzuleiten. Auch ein von der WNK UWG vor einer Woche vorgelegter Kompromissvorschlag sei in der Sitzung nicht berücksichtigt worden.

Thorn Seidel: Über Kompromiss wurde gar nicht diskutiert

Dieser Kompromiss sieht vor, dass der Beirat aus 15 stimmberechtigten Mitgliedern besteht. Neun Mitglieder sollen von Behinderten nach dem „Lohmarer Verfahren“ gewählt werden, sechs Mitglieder werden auf Vorschlag der Interessensvertretungen gewählt. Auf diese Weise, meint Seidel, werde ein ausgewogener und demokratisch legitimer Mix aller Beteiligten sichergestellt. „Was an diesem Vorschlag nicht akzeptabel sein soll, bleibt das Geheimnis des amtierenden Beirates“, schreibt Seidel in einer Erklärung. Er kritisiert weiter, dass es bislang nie eine demokratische Wahl zum Beirat gegeben habe. „Bisher besteht der Beirat aus Vertretern von Institutionen, die sich gegenseitig immer aufs Neue gegenseitig in den Beirat wählen.“

Fest steht, dass der neue Beirat erst nach dem 26. September gebildet werden kann. An diesem Tag soll im Rat erneut über des Thema diskutiert werden.

Ratsmehrheit will Kraftwerke stilllegen ^{WGA 6.4.}

Was haben die belgischen Atomkraftwerke in Thiange und Doel mit Wermelskirchen zu tun? **Nichts, meint die Fraktion WNK UWG und nahm an der Abstimmung über eine Resolution, die die Grünen im Rat vorgelegt hatten, gar nicht erst teil.**

Die Mehrheit sah das allerdings anders und stimmte für die Resolution, in der die Abschaltung der beiden Atomkraftwerke gefördert wird. „Viele Bürger machen sich Sorgen, denn Wermelskirchen liegt im Fallout-Bereich der beiden Atomkraftwerke, wenn dort ein atomarer Unfall geschieht“, sagte Fraktionsvorsitzender Stefan Janosi.

Der Rat unterstützt die Bundes- und Landesregierung von NRW in ihren Bemühungen, die Stilllegung zu erreichen. Mittlerweile hätten rund 80 Städte und Gemeinden sowie mehrere Landkreise, unter anderem der Rheinisch-Bergische Kreis, dieser Resolution zugestimmt. Janosi glaubt, dass dadurch der Druck groß genug ist, dass jetzt auf Ministeriebene über die Schließung verhandelt werden kann. kam

Wermelskirchen setzt Inklusionshilfe fort ^{WGA 4.4.}



Renate Matzner ist eine von sieben Inklusionshelferinnen an sieben Schulen. Foto: Siebel

Die Inklusionshilfe in Wermelskirchen wird fortgesetzt. Das entschied der Rat am Montagabend mit großer Mehrheit. WNK UWG hatte einen Antrag auf Fortsetzung der Inklusionshilfe vorgelegt. Da das Land das Projekt nicht mehr fördert, springt die Stadt ein und zahlt 70 000 Euro. 10 000 steuert die Lebenshilfe als Träger des vielfach gelobten Projektes zur Unterstützung der Inklusion bei. Die CDU befürchtete, dass die Stadt dauerhaft zahlen müsse, auch wenn die Landesregierung wieder Zuschüsse gewährt. Nein, erklärte die Verwaltung. Der Vertrag mit der Lebenshilfe läuft immer nur ein Jahr. kam

Zukunft des Inklusionsprojekts gesichert

Der Stadtrat stimmt mit großer Mehrheit dafür, das Vorzeigeprojekt an den Schulen mit städtischen Haushaltsmitteln zu finanzieren. Damit können die Inklusionshelfer ihre Arbeit fortsetzen. Für 2017 wird es keine Landeszuschüsse geben.

VON SEBASTIAN RADERMACHER

WERMELSKIRCHEN Zahlreiche Lehrer, Eltern und Kinder können aufatmen: Die Inklusionshelfer an den Wermelskirchener Grundschulen und der Sekundarschule können ihre Arbeit über das laufende Schuljahr hinaus fortsetzen. Die Finanzierung für das kommende Jahr ist gesichert, der Stadtrat sprach sich mit großer Mehrheit dafür aus, für das Projekt 70.000 Euro aus dem Haushalt bereitzustellen.

Seit Mitte Februar stand das überaus erfolgreiche Projekt vor dem Aus, denn die Finanzierung über das laufende Schuljahr hinaus war nicht gesichert. Zum Hintergrund: Die Inklusionspauschale des Landes (56.000 Euro pro Jahr), die für das Projekt verwendet wird, war aufgebraucht. Die Stadt hatte vergebens nach anderen Fördermitteln gesucht, um die Lücke von 80.000 Euro für 2016 zu schließen. Die Lebenshilfe als Träger erklärte sich bereit, 10.000 Euro beizusteuern.

Nach einem positiven Votum im Schulausschuss musste nun der

Stadtrat abschließend entscheiden, ob das Projekt mit Haushaltsmitteln finanziert werden soll. Da es sich nämlich bei diesem Projekt um eine freiwillige Leistung handelt, müssten eigentlich die 70.000 Euro an einer anderen Stelle im Haushalt eingespарт werden. Es gab aber einen anderen Weg: Die Ratsmitglieder beschlossen, Inklusion als pflichtige Aufgabe und nicht als freiwillige Leistung zu betrachten – so müssen nun Haushaltsmittel zur Finanzierung des Projekts bereitgestellt werden.

Antragsteller Henning Rehse (WNKUWG) war zufrieden nach dem mehrheitlichen Ratsbeschluss. Und müsste der Kämmerer nun tatsächlich wegen dieses Beschlusses leichte Steuererhöhungen vornehmen, so würde seine Fraktion dies mittragen. Die Fortsetzung dieses Projektes sei es wert. „Es

ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe“, betonte Rehse und fügte an: „Wir sind sehr glücklich, dass dieses Projekt am Leben bleibt.“

Glücklich können nun auch etwa 1500 Kinder dieser Stadt sein, denn so viele profitieren von der Arbeit der Inklusionshelfer an den Schulen. Die Helfer geben den Schülern Orientierung (etwa auf dem Schulgelände oder dem Schulweg), sie sind eine emotionale Stütze in Krisensituationen, geben Anleitung zu sozialem Regelverhalten, sind vertraute Bezugspersonen, helfen bei der Bewältigung von Stress und fördern die Kontaktaufnahme zu Mitschülern.

Alle Beteiligten – dies wurde vor allem im jüngsten Schulausschuss deutlich – bewerten dieses Projekt positiv. Sie haben sich erfolgreich für die Fortsetzung eingesetzt.



„Das Land hätte dieses Inklusionsprojekt finanzieren müssen“

Rainer Bleek
Bürgermeister

Auch Sozialdezernent Jürgen Graef hatte sich für das Inklusionsprojekt stark gemacht. „Es wäre fatal, wenn es jetzt stirbt und im nächsten Jahr die Fördermittel fließen“, hatte er gesagt. Bürgermeister Rainer Bleek geht zurzeit aber nicht davon aus, dass die Stadt 2017 Landeszuschüsse für das Projekt erhalten wird. „Ministerin Löhrmann hat mitgeteilt, dass sie dieses Projekt toll findet, dass das Land aber dafür kein Geld hat“, sagte Bleek. Er ist der Meinung: „Dieses Projekt hätte vom Land finanziert werden müssen.“

Die Arbeit der Inklusionshelfer sei enorm wichtig. Bleek: „Sie nehmen viel Druck von den Lehrern und sind wichtige Bezugspersonen für die Kinder.“ Daher sei es wichtig, das Projekt nun als Pflichtaufgabe zu bewerten und die Finanzierung auf diese Weise zu sichern. Er appellierte aber, künftig bei der Planung solcher Projekte vorsichtig zu sein, „vor allem, wenn es sich um Pilotprojekte handelt, deren Finanzierung für ein paar Jahre gesichert ist“. Später blieben dann die Städte oftmals auf den Kosten sitzen.

KOMMENTAR

BM 6.7.

Die richtige Entscheidung

Die Inklusionshelfer können ihre Arbeit an den Schulen fortsetzen. Das ist eine gute Nachricht. Es war eine schwierige, aber letztlich die richtige Entscheidung der Politik, die Finanzierung mit Haushaltsmitteln zu sichern. Schwierig, weil das Projekt nun eine Pflichtaufgabe der Stadt ist und nun jährlich 70.000 Euro bereitzustellen sind. Schwierig auch deshalb, weil sich nun auch andere Institutionen mit ihren Projekten an die Politik wenden könnten, die sie ebenfalls als eine Pflichtaufgabe der Stadt sehen. Freiwillige in pflichtige Leistungen umzuwandeln, darf keine Patentlösung sein. Von der Arbeit der Inklusionshelfer profitieren 1500 Kinder dieser Stadt – die 70.000 Euro sind daher sinnvoll investiert.

sebastian.radermacher
@bergische-morgenpost.de

Heute Debatte über Beirats-Urwahl im Sozialausschuss

WNKUWG bleibt bei ihrem Antrag - kritisiert wird, dass über den Kompromissvorschlag nicht gesprochen wurde.

VON UDO TEIFEL

WERMELSKIRCHEN Die Modalitäten zur Wahl des Beirates für Menschen mit Behinderung werden heute Thema im Ausschuss für Soziales und Inklusion sein. Die WNKUWG wird ihren Antrag auf Urwahl nicht zurückziehen – dazu hatte der Beirat die Fraktion in seiner jüngsten Sitzung aufgefordert. Stattdessen kommt herbe Kritik: „Es ist unverständlich, dass unser Kompromissvorschlag offenbar keinerlei Würdigung durch die Vorsitzende des Beirates, Brigitte Hallenberg, gefunden

hat“, erklärte jetzt WNKUWG-Ratsmitglied Thorn Seidel. Der Kompromissvorschlag sei der Vorsitzenden laut Seidel eine Woche vor der Sitzung zugesandt worden; in der Beiratssitzung wurde dazu kein Wort gesagt. Anscheinend waren die Mitglieder darüber nicht informiert.

Die WNKUWG hatte die Urwahl für den Beirat vorgeschlagen – nach dem Vorbild der Stadt Lohmar. Dies lehnt der Beirat ab, dies sei diffamierend, hieß es in der Runde. Der Beirat setzt sich derzeit zusammen aus Vertretern von Verbänden und Selbsthilfegruppen, die sich um ei-

nen Platz bewerben. Zu einer internen Wahl kommt es nur, wenn es mehr Bewerber sind als Sitze zur

„Es hat niemals eine demokratische Wahl zum Beirat stattgefunden“

Thorn Seidel
Mitglied des Rates

BH
07.07.

Verfügung stehen.

Der Kompromissvorschlag: Neun von 15 Sitzen sollen behinderte Menschen wählen, sechs vom Rat auf Vorschlag der Verbände, plus

der Vorsitzende des Sozialausschusses plus der Vorsitzende des Seniorenbeirates – beide ohne Stimmrecht. „So wird ein ausgewogener und demokratisch legitimierter Mix aller Beteiligten sichergestellt“, teilte Seidel mit. Denn: Aus Sicht der WNKUWG bestehe der Beirat nur aus Vertretern von Institutionen, die sich „gegenseitig immer aufs Neue“ in den Beirat wählten: „Es hat niemals eine demokratische Wahl zum Beirat stattgefunden“, so Seidel. Daher habe seine Fraktion mit „Fassungslosigkeit und Unverständnis“ die Position des Beirates

zur Direktwahl durch die Betroffenen zur Kenntnis genommen.

Niemand werde gezwungen, sich als Mensch mit Behinderung auf einer öffentlichen Liste wiederzufinden, meinte Seidel. Niemand dürfe gehindert werden, an der Beiratswahl teilzunehmen, weil ihm das passive wie auch aktive Wahlrecht durch eben diesen Beirat verweigert werde, formulierte der Kommunalpolitiker. „Haben Menschen mit Behinderung weniger demokratische Rechte als Senioren, die für ihren Seniorenbeirat genau diese Rechte zurzeit wahrnehmen können?“

Debatte über Beirats-Urwahl vertagt **BH 8.7.**

WERMELSKIRCHEN (beaw) Die gestrige Sitzung des Ausschusses für Soziales und Inklusion hat einige Überraschungen mit sich gebracht. Statt der erwarteten Debatte über die Modalitäten zur Wahl des Beirates für Menschen mit Behinderung, stand allen voran die strategische Neuausrichtung des Sozialamtes im Vordergrund (Bericht folgt).

Stefan Kind (WNKUWG) hat gleich zu Beginn der Sitzung beantragt, den Tagesordnungspunkt zur Urwahl des Beirates für Menschen mit Behinderung zu streichen und in die nächste Sozialausschusssitzung im September zu verlegen. Man wolle noch weiterführende Informationen einholen, insbesondere über das Wahlverfahren in der Stadt Lohmar, hieß es als Begründung. Das „Lohmarer Verfahren“ diente der Fraktion bislang als Vorbild in dem an den Beirat gestellten Kompromissvorschlag. Nach Einwenden von Klaus Klophaus (SPD) und dem Beigeordneten Jürgen Graef wurde Kinds Antrag auf Vertagung mehrheitlich angenommen. Die Vorsitzende des Beirates für Menschen mit Behinderung, Brigitte Hallenberg, teilte in ihrem Bericht dennoch mit, der Beirat empfehle einstimmig, den WNKUWG-Antrag auf Beirats-Urwahl abzulehnen. Sie ging nicht auf dem Kompromissvorschlag ein.

Norbert Kellner bleibt WNK UWG-Vorsitzender



Norbert Kellner bleibt Vorsitzender von WNK UWG. Foto: Sieber

Der Verein WNK UWG hatte seine Mitglieder zur Hauptversammlung geladen. Unter anderem wurde auch der Vorstand gewählt. Wie WNK UWG mitteilt, wurde nahezu der gesamte Vorstand im Amt bestätigt. Norbert Kellner bleibt also Vorsitzender. Dr. Werner Güntermann rückt im Vorstand vom Beisitzer zum Schriftführer auf, der Vorstand wird durch die neuen Beisitzer Doris Blicke und Thorn Seidel komplettiert. Henning Rehse bleibt Geschäftsführer. Der Verein WNK UWG wurde 1996 gegründet. Das 20-jährige Bestehen will der Bürgerverein nutzen, um im Herbst mittels einer Postwurfsendung auf seine Arbeit aufmerksam zu machen. **WKA 7.7. kam**

POLITISCH **BH 9.7.**

WNKUWG: Norbert Kellner bestätigt

(tei.-) In weniger als einer Stunde hatte der neue und alte Vorsitzende der WNKUWG, **Norbert Kellner**, die ausschließlich durch Regularien bestimmte Tagesordnung s abgearbeitet. Nahezu der gesamte Vorstand



Norbert Kellner ist in seinem Amt wiedergewählt worden.

wurde einstimmig im Amt bestätigt. **Dr. Werner Güntermann** rückt im Vorstand vom Beisitzer zum Schriftführer auf, der Vorstand wird durch die neuen Beisitzer **Doris Blicke** und **Thorn Seidel** komplettiert. Weitere Vorstandsmitglieder sind **Stefan Kind** (Stellvertreter), **Henning Rehse** (Geschäftsführer), **Hermann Opitz** (Pressesprecher), **Klaus Brosze** (Kassierer), **Bettina Bernhard, Blicke, Flavio Günther, Jan Paas, Dirk Wartmann** (weitere Beisitzer). Die WNK UWG sieht sich auch nach genau 20 Jahren inhaltlich gut und erfolgreich aufgestellt.

Anwohner: Betten werden schon eingeräumt

Bewohner wollen wissen, wie viele Flüchtlinge an der Eichholzer Straße wohnen werden.

Von Karsten Mittelstädt

Dass die Eichholzer Straße Standort für Flüchtlingsunterkünfte werden soll, hat der Rat in seiner letzten Sitzung vor der Sommerpause beschlossen. Wie viele Flüchtlinge am Ende der Wohnstraße untergebracht werden, das will der Rat erst im September entscheiden. Offiziell unterrichtet wurden die etwa 19 Anwohner von diesem Beschluss nicht. Sie hatten schon im Vorfeld die Stadtverwaltung kritisiert, weil sie sich nicht ausreichend informiert fühlten. Das hat sich nicht geändert.

„Wir sind überhaupt nicht Frieden mit dem Beschluss, weil wir immer noch nicht wissen, was kommt“, sagt Daniela Empersmann auf WGA-Anfrage. Sie habe von der Entscheidung aus der Zeitung erfahren und von ihrem Mann, der die Ratssitzung am 4. Juli besucht hatte. Wie viel Wohnungen die Stadtverwaltung an der Eichholzer Straße schafft, ist un-



20 Flüchtlinge sind integrierbar, sagen die Anwohner. Foto: Michael Sieber

klar. Die ursprüngliche Planung der Stadt sah vier Doppelhaushälften für 40 Flüchtlinge vor, also zehn Bewohner in einem Haus. Dazu sollten 20 Personen in dem früheren Gemeindehaus Sonne untergebracht werden. Bürgermeister Rainer Bleek zog die Vorlage aber zurück, weil sich keine Mehrheit dafür abzeichnete.

Das Bürgerforum würde der Unterbringung von 40 Flücht-

lingen zustimmen (20 im ehemaligen Gemeindehaus, 20 in zwei Doppelhaushälften), die Grünen ebenfalls. Die SPD legte sich noch nicht auf eine Zahl fest, möchte einen Konsens erreichen, die CDU erwartet ein Gesamtkonzept der Stadt, und die WNK UWG-Fraktion fordert, maximal 20 Flüchtlinge an der Eichholzer Straße unterzubringen. Die FDP fordert, erst Konsens mit den Anwoh-

WG 17.07.

nern herzustellen. „Die meisten hier sind der Ansicht, dass 20 Flüchtlinge bei rund 19 Anwohnern noch integriert werden können“, sagt Anwohnerin Helga Schmidt. Mehr sei nicht zu verkräften.

Anfang vergangener Woche seien Betten angeliefert worden

„Mir tun die Flüchtlinge, die vor Krieg fliehen müssen, auch leid, alles andere wäre ja auch unmenschlich“, sagt Daniela Empersmann. Aber mehr als 20 Flüchtlinge, seien für die kleine Siedlung zuviel. „Wahrscheinlich wird sich ohnehin nichts ändern“, sagt Helga Schmidt resigniert. Sie glaubt, dass die Stadt schon bald Flüchtlinge im ehemaligen Gemeindehaus Sonne unterbringen wird. Sie und ihr Mann haben beobachtet, wie Betten ins Gemeindehaus transportiert wurden. Die Verlegung von Flüchtlingen an die Eichholzer Straße wurde von der Verwaltung gestern Abend aber nicht bestätigt.

» Standpunkt

Grünflächen: Arbeit früher ausschreiben

WG 14.07.

In vielen Bereichen ärgern sich Anwohner über zugewachsene öffentliche Flächen. Schriftlich beantwortete die Verwaltung eine Anfrage von Ratsmitglied Jochen Bilstein (SPD). Der hatte gefragt, warum die Ausschreibung zur Pflege der Grünanlagen erst im Sommer statt im Frühjahr erfolgt. Weil die Grünflächenpflege eine freiwillige Aufgabe ist und deshalb erst nach Genehmigung des Haushaltes ausgeschrieben werden könne. Der Haushalt sei am 29. Mai genehmigt worden.

Dass es sich um eine freiwillige Aufgabe handelt, stellt Henning Rehse (WNK UWG) in Frage. Allein Gründe der Verkehrssicherheit und Substanzerhaltung des städtischen Eigentums sprächen dagegen. Rehse findet die Hinweise von Bilstein aber durchaus berechtigt. Das Problem ließe sich beseitigen, indem der Haushalt früher aufgestellt werde, wie es andere Kommunen auch machen. Im übrigen weist Rehse auf das immer noch nicht vorliegende Grünflächenkataster hin. Das will die Verwaltung erst 2018 vorlegen. Deshalb müsse die Politik auch über mehr Personal in diesem Bereich diskutieren.

kam

Sonne wird für Flüchtlinge vorbereitet

Stadtverwaltung nutzt das Mobiliar aus der aufgelösten Erstaufnahmeeinrichtung.

WGA
17.07.

Von Karsten Mittelstädt

Noch steht nicht fest, wie viele Flüchtlinge an der Eichholzer Straße eine menschenwürdige Unterkunft finden werden. Das will der Stadtrat erst im Herbst entscheiden. Ungeachtet dessen könnten aber schon in den nächsten Wochen die ersten Flüchtlinge im ehemaligen evangelischen Gemeindehaus Sonne einziehen. Anwohner hatten beobachtet, wie in der vergangenen Woche Betten angeliefert wurden.

Das bestätigte Tanja Dehnen, Abteilungsleiterin Soziales bei der Stadtverwaltung. Das sei aber nicht ungewöhnlich, sondern auch so den Anwohnern der Eichholzer Straße mitgeteilt worden. Bei dem Mobiliar handelt es sich um Betten, Tische und Stühle aus den Erstaufnahmeeinrichtungen, die aufgelöst wurden beziehungsweise werden.

Die Möbel, die vom Land erworben wurden, um die Erstaufnahmestätten in Dhünn, Dabringhausen und der Schubertstraße einzurichten, sind mittlerweile ins Eigentum der Stadt übergegangen. Die nutzt sie nun, um die neuen Unterkünfte für Flüchtlinge auszustatten. „Derzeit richten wir



Ins ehemalige Gemeindehaus Sonne sollen möglicherweise schon bald erste Flüchtlinge einziehen.

Foto: Mittelstädt

die Unterkunft ein“, berichtet Tanja Dehnen auf WGA-Anfrage. Wann die ersten Flüchtlinge dort einziehen können, weiß sie nicht. „Das kann nächste Woche sein oder noch Wochen dauern“, sagt sie. Das hänge von den Zuweisungen ab. Derzeit sei die Unterbringung von zwölf Personen in dem ehemaligen Gemeinde-

haus geplant. „Wir versuchen, dort eine homogene Mischung an Flüchtlingen unterzubringen“, sagt Dehnen.

Sie ist ziemlich sicher, dass etwaige Ängste von Anwohnern abgebaut würden, sobald die ersten Flüchtlinge einmal da sind. Dehnen: „Das ist fast immer so.“ In diesem Jahr wurden bislang nur 56 Flüchtlinge

Wermelskirchen zugewiesen, Stand 1. Juli. Das lag zum einen daran, dass die Stadt Erstaufnahmeeinrichtungen geschaffen hatte, zum anderen aber auch an einem vorübergehenden Zuweisungsstopp an kleinere Städte.

Bleek will auch Erwerb von Wohncontainern prüfen

In den nächsten Wochen rechnet Tanja Dehnen wieder mit Zuweisungen. Dann muss sie genügend Wohnraum vorhalten. In der vergangenen Woche brachte sie 25 Flüchtlinge unter, darunter einige aus den noch bis 31. Juli bestehenden Erstaufnahmeeinrichtungen in Dhünn und Dabringhausen.

Wie Wohnraum für Flüchtlinge geschaffen werden kann, darüber machen sich auch Ratsmitglieder Gedanken. Jan Paas (WNK UWG) hatte die Versteigerung von acht Wohncontainern im Internet gefunden und den entsprechenden Hinweis an Bürgermeister Rainer Bleek gesendet. Diese gebrauchte Anlage habe erhebliches Einsparpotenzial gegenüber Neubau. Bleek will prüfen, ob damit Flüchtlinge „kostengünstig, aber auch humanitär vertretbar untergebracht werden können“.

Arbeiter markieren Parkplatz falsch

WGA

Aus acht wurden auf dem Parkplatz unterm Weihnachtsbaum zehn Stellflächen. 15.07.

Von Karsten Mittelstädt

Seit wenigen Tagen sind die Parkplätze auf dem Platz unter dem Weihnachtsbaum an der Carl-Leverkus-Straße neu markiert – aber falsch. Tiefbauamtsleiter Harald Drescher reagierte schnell, als er das Malheur sah und ordnete an, dass die Linien der unteren beiden Parkplätze noch gestern korrigiert wurden.

Die Geschichte des Platzes ist lang. 2011 wurde mit großer Mehrheit vom Rat beschlossen, die Fläche, die eigentlich zum Verweilen einladen sollte, während der Umbauphase von Markt und Oberere Remscheider Straße als Parkplatz zu öffnen, um die Stellplatzsituation zu entschärfen. Als die Obere Remscheider Straße fertiggestellt war, sperrte die Stadtverwaltung den Platz wieder mit Pollern für den Autoverkehr, was aber zu erheblichen Protesten der Anwohner führte. Vor allem Einzelhändler forderten, den Platz wieder zum Parken freizugeben. Es wurden sogar rund 800 Unterschriften gesammelt, um die Forderung zu unterstreichen.

In der Ratssitzung vom 14. März wurde dann ein gemeinsamer Antrag von FDP und



Um 15 Uhr war die Markierung noch falsch, später wurden die Linien der beiden unteren Parkplätze korrigiert. Foto: Leonard Fleck

WNK UWG mehrheitlich beschlossen, der das Parken wieder zulässt – einen Tag später waren die Poller weg. Allerdings beinhaltete der Beschluss auch, dass die Parkfläche neu aufgeteilt werden soll.

Am 25. April wurde dann mit großer Mehrheit beschlossen, insgesamt zehn Parkflächen zu markieren – vier entlang der Oberere Remscheider

Straße, vier in Längsrichtung Carl-Leverkus-Straße und zwei im unteren Teil neben dem Sonnenstudio. Damals hieß es, die Parkplätze an der Obere Remscheider Straße sollten optisch von den anderen getrennt werden, um den Platzcharakter zu erhalten. Allerdings musste Drescher noch die Haushaltsgenehmigung abwarten, um Mittel für die Um-

gestaltung frei zu haben, „Die Parkplätze sollen ja nicht nur aufgemalt, sondern ansprechend markiert werden“, sagte Drescher am 26. April auf Anfrage des WGA.

Linien für Behindertenparkplatz waren viel zu dicht an der Wand

Davon ist nun keine Rede mehr. „Die Verwaltung kann vieles vorschlagen“, sagte Drescher gestern. In dem Beschluss stehe nichts von optischer Trennung. So wie der Platz heute aussieht, bleibt er. Gestern waren die beiden unteren Parkplätze neben dem Sonnenstudio noch falsch markiert. „Viel zu nah an der Hauswand“, sagte gestern. Er habe sofort Anweisung gegeben, dass die falschen Linien wieder entfernt werden, was gestern Nachmittag geschah.

Verwirrung gibt es auch hinsichtlich eines Behindertenparkplatzes. Den hatte Henning Rehse (WNK UWG) zwar gefordert. „Das wurde aber abgelehnt mit der Begründung, dass es bereits genügend Behindertenparkplätze in der Innenstadt gibt. Laut Drescher wird der linke der unteren Parkplätze nun doch als Behindertenparkplatz ausgewiesen.“

Politik streitet über Standort für Skatepark

SPD und Grüne meinen, dass die Fläche hinter Lidl genug Platz für die Erweiterungspläne der Autohäuser und für eine Skateanlage bietet. Alle Beteiligten müssten aber Kompromisse eingehen. Die politischen Fronten scheinen verhärtet.

VON SEBASTIAN RADERMACHER

WERMELSKIRCHEN Die Diskussion über den Standort einer neuen Skateanlage für Jugendliche spaltet die politischen Fraktionen im Wermelskirchener Stadtrat. Vier Fraktionen (CDU, WNKUWG, Bürgerforum, FDP) lehnen die Fläche an der B51 hinter Lidl ab. Das hatten sie dem Bürgermeister im nichtöffentlichen Teil der jüngsten Ratssitzung deutlich gemacht. Sie fordern, dass die Verwaltung die Fläche an die beiden Autohäuser (Messink, Hildebrandt) verkauft, die gerne expandieren möchten. Zwei Fraktionen positionieren sich jetzt aber klar für die Pläne des Bürgermeisters, auf dem Grundstück bei Zenshäuschen einen Park für Jugendliche zu bauen.

SPD und Grüne sind der Meinung, dass die Fläche hinter Lidl ausreichend Platz sowohl für die Erweiterungspläne der Autohäuser, als auch für den Bau einer Skateanlage bietet. In ihrem Antrag bitten sie die Stadtverwaltung, unter Einbeziehung aller Beteiligten einen Kompromissvorschlag für die Realisierung des Freizeitparks im Bereich Zenshäuschen/B51 zu erarbeiten, „der den Bedürfnissen aller Beteiligten (Rollrausch, CVJM, ADFC, Autohäuser) gleichermaßen gerecht wird“. Die Verwaltung soll dazu nach den Sommerferien den Politikern ein Konzept vorlegen.

BM 16.07.



Rollrausch-Vorsitzender Marco Lerch zeigte am Donnerstagabend bei einem Ortstermin eine Liste mit mehr als 800 Unterschriften für einen Jugendfreizeitpark auf der Fläche an der B51 bei Zenshäuschen.

BM-FOTO: JÜRGEN MOLL

KOMMENTAR

BM 16.07.

Schwebezustand bald beenden

In der Sache sind sich alle politischen Fraktionen einig: Die Jugendlichen in Wermelskirchen brauchen einen zentralen Treffpunkt, einen Skatepark, wo sie Sport treiben und Zeit unter Freunden verbringen können. Dass die Politiker bei diesem Thema jetzt aber keinen einheitlichen Weg finden (so wie es bei der Schulentwicklung vorbildlich der Fall war) und bei der Standortfrage immer weiter auseinanderdriften, ist schade. Schade für die jungen Skater, die seit mehr als vier Jahren kein festes Domizil mehr haben. Schade aber auch für alle anderen Jugendlichen, denen die Politiker und der Bürgermeister in den Wahlkämpfen immer wieder ihre Unterstützung zugesagt hatten. Alle Beteiligten sollten jetzt noch einmal sämtliche Vor- und Nachteile der Fläche bei Lidl für einen Jugendpark abwägen. Die Themen Lärmschutz und Rettungswege müssen geklärt werden. Vielleicht sind die Autohäuser ja kompromissbereit? Und vielleicht können sich die Anwohner mit den Plänen arrangieren? Was allen Beteiligten klar sein sollte: Es muss zeitnah eine Entscheidung her, dieser Schwebezustand muss beendet werden.

sebastian.radermacher
@bergische-morgenpost.de

Skatepark-Standort – Fronten verhärtet

Die übrigen Fraktionen sehen den Kompromissvorschlag von SPD und Grüne für einen Park bei Zenshäuschen kritisch. Priorität hat für sie die Nutzung der Fläche durch die Autohäuser. Bürgermeister Bleek soll bald ein Konzept vorlegen.

VON SEBASTIAN RADERMACHER

WERMELSKIRCHEN Die Diskussion über einen Standort für einen Skatepark für Jugendliche wird sich noch längere Zeit hinziehen. Fakt ist: Alle politischen Fraktionen möchten etwas für die Jugendlichen tun. Aber bei der Frage des Standorts für einen Jugendfreizeitpark gehen die Meinungen auseinander. Nach der Sommerpause soll die Verwaltung ein Konzept vorlegen. Den jetzt von SPD/Grüne verfassten Kompromissvorschlag, wonach das Grundstück hinter Lidl ausreichend Platz biete für einen Skatepark und die angestrebten Erweiterungen der angrenzenden Autohäuser, sehen die übrigen Ratsfraktionen kritisch.

Christian Klicki (CDU) fordert bei dem Thema insgesamt mehr Transparenz seitens der Stadtverwaltung. „Wir fühlen uns nicht ausreichend informiert. Durch unseren nichtöffentlichen Antrag hatten wir gehofft, Informationen zu erhalten. Aber der Bürgermeister hat bislang nicht geliefert“, kritisiert Klicki. Man wisse zum Beispiel nicht, wie teuer ein solcher Park überhaupt werden würde. Den Vorschlag von SPD/Grüne lehnt er grundsätzlich nicht ab. „Wenn neue Fakten kom-

men, werde wir sie in der Fraktion diskutieren“, sagt Klicki.

Oliver Platt (Bürgerforum) verweist auf den kürzlich gestellten Antrag von CDU, WNKUWG, Büfo und FDP – „es gibt eine klare politische Mehrheit, für die das Kaufinteresse von Wirtschaftstreibenden Vorrang hat“. Dies bedeute nicht, dass man die Interessen der Kaufinteressenten und die der Jugendlichen gegeneinander ausspielen. „Es geht vielmehr darum, finanzielle Möglichkeiten für einen Freizeitpark durch den Verkauf der Fläche zu haben“, betont Platt.

Er könne nicht verstehen, warum sich SPD, Grüne und der Bürgermeister nun so auf diesen Standort bei Zenshäuschen versteifen. „Es gibt alternative Flächen, die geeignet sind: zum Beispiel an der Belteener Straße neben dem Bolzplatz oder oberhalb der Kleingartenanlage am Drosselweg.“ Und ihm geht gehörig gegen den Strich, „dass der ADFC jetzt auch schon in diesem Thema mitmisch“. Die öffentliche Standort-Diskussion sei „für das gesamte Projekt gefährlich und dumm“, meint Platt.

Auch für Jürgen Manderla (FDP) haben die Expansionspläne der beiden Autohäuser Priorität. „Wenn sie

die gesamte Fläche haben möchten, sollten sie die gesamte Fläche kriegen“, findet er. Und seines Wissens gehe die Tendenz in die Richtung, dass die Fläche komplett benötigt werde. Auch die Meinung der Anwohner müsse einbezogen werden. Er habe bereits mit mehreren Anwohnern in Zenshäuschen gesprochen, „die wollen weder Radweg noch Skatepark“, sagt Manderla und fügt an: „Die Wahrscheinlichkeit, dass der Park dorthin kommt, ist gering.“ Auch er präferiere ande-



„Es gibt eine Mehrheit, für die das Kaufinteresse von Wirtschaftstreibenden Vorrang hat“

Oliver Platt, Büfo

re Standorte für einen solchen Park. „Unser Standpunkt hat sich nicht geändert“, sagt Manderla.

Die WNKUWG-Fraktion wird nach Auskunft von Henning Rehse jetzt erst einmal abwarten, was der Bürgermeister aus dem Signal von Büfo, CDU, FDP und WNKUWG auf der einen und dem Brief von SPD und Grüne auf der anderen Seite macht und wie ein möglicher Kompromiss aussehen könnte. Er stellt aber bereits jetzt klar: „Wir werden dann aber sicherlich auch dezidiert nachfragen und überprüfen, ob alle Teilnehmer eines möglichen Kompromisses auch wirklich Teilnehmer an selbigem sind und alle ihre Zustimmung zu einem Kompromiss auch auf gleichen Fakten und Zusagen getroffen haben.“

Rehse fragt sich: Wenn schon ein grundsätzliches Pro des gesamten Stadtrates wahrnehmbar sei, müsse es dann aus mehreren Optionen genau der Wunschstandort der potenziellen Nutzer sein und jede andere Idee als „jugendfeindlich“ stigmatisiert werden? „Und warum wollen wir die Gefahr eingehen, dass aufgrund von möglichem Anwohnerwiderstand – privat wie gewerblich – das Projekt auf Jahre hinaus verzögert oder verhindert wird?“

INFO



Über diese Fläche wird diskutiert.

BM 19.04.

Wem gehört eigentlich die Fläche hinter Lidl?

Fläche Das für einen Skatepark im Raum stehende Grundstück an der Dellmannstraße (B 51) hinter Lidl ist etwa 6800 Quadratmeter groß. Die beiden an die Fläche grenzenden Autohäuser möchten gerne expandieren und Teile des Grundstücks erwerben. Laut SPD/Grüne wäre genug Platz für die Erweiterungen und einen Park.

Besitz Wem gehört eigentlich das Grundstück? „Laut Beschlusslage sind die Flächen im Besitz der Stadt“, teilt Bürgermeister Rainer Bleek dazu auf Anfrage unserer Redaktion mit.

Es wäre möglich, die Interessen aller Beteiligten unter einen Hut zu bringen, meinte Jochen Bilstein (SPD) am Donnerstagabend bei einem Ortstermin auf der besagten Fläche bei Zenshäuschen. „Natürlich müssten aber alle Beteiligten bereit sein, Kompromisse einzugehen“, stellte er klar. Das Grundstück sei etwa 6800 Quadratmeter groß. Bilstein rechnete vor: Er könnte sich vorstellen, dass das Autohaus Hildebrandt etwa 2000 und Messink rund 3600 Quadratmeter bekämen – dann blieben noch etwa 1200 Quadratmeter für einen Skatepark. „Es ist eine grobe Schätzung. Aber ich bin der Meinung, es sollte doch möglich sein, eine Lösung zu fin-

den, mit der alle Beteiligten leben können.“ Die Verwaltung solle nun Kontakt zu den Grundstücksinteressenten aufnehmen und fragen, ob sie kompromissbereit wären.

Stefan Janosi (Grüne) verwies auf einen einstimmigen Beschluss des Fachausschusses im Oktober 2015 für die Entwicklung der Fläche hinter Lidl. Und Jochen Bilstein ergänzte: „Es ist sehr schade, dass bei dem Thema jetzt andere Fraktionen ausscheren – völlig ohne Not.“ Die Antragsteller und der Bürgermeister erhoffen sich auch weiterhin Fördermöglichkeiten durch das „Leader-Projekt“, auch wenn die Voraussetzungen dafür nicht gegeben sind. „Wir wollen das Thema bei der nächsten Leader-Veranstaltung noch einmal ansprechen“, sagte Bleek. Er kämpft weiterhin für einen

Park für Jugendliche bei Zenshäuschen. „Die Fläche hier ist optimal“, sagte er. Bleek kündigte an, dass die Verwaltung den Kompromissvorschlag von SPD/Grüne in die Planungen einbeziehen, Gespräche mit den Autohäusern führen und der Politik nach der Sommerpause ein Konzept vorlegen werde.

Fakt ist aber: Für die Umsetzung braucht es eine politische Mehrheit. Das weiß auch Bilstein. „Wir hoffen, dass die anderen Fraktionen sich noch einmal bewegen, falls wir einen Kompromiss mit den Autohäusern hinbekommen“, sagte er bei dem Ortstermin. Aktuell scheinen die politischen Fronten allerdings zu sehr verhärtet, als dass sich eine Mehrheit für den Kompromissvorschlag finden würde. Die WNKUWG reagierte gestern mit Unverständnis

auf die Standort-Diskussion. Eine deutliche Ratsmehrheit habe zuletzt signalisiert, dass die Fläche für einen Skatepark nicht infrage komme.

„Unstrittig zwischen allen Fraktionen des Rates ist, dass der Skaterpark kommen muss“, sagte Fraktionsvorsitzender Henning Rehse. „Das wurde den Jugendlichen versprochen – und daran ist sich zu halten. Die Jugendlichen haben schon zu lange warten müssen.“ Er verstehe jedoch nicht, „warum Bürgermeister, SPD und Grüne die Standortfrage jetzt zum Knackpunkt machen. Dieser Streit kann im schlimmsten Fall das ganze Projekt gefährden, zumindest wird er es weiter verzögern.“

Norbert Kellner, Sprecher der WNKUWG im zuständigen Aus-

schuss, fügte an: „Die Auswahl des Standorts kann nicht auf Zuruf eines oder zweier Aktivisten von Rollrausch und des ADFC erfolgen. Wirtschaftliche Argumente und auch bereits geäußelter Widerstand der Anlieger müssen ebenfalls berücksichtigt werden.“ Da sich bei der Planung und Kostenschätzung das Projekt an der B 51 als nicht darstellbar erweise, „sollten alle politischen Gruppierungen die Umsetzung an einem anderen Standort vorantreiben.“

Pflanzkübel sollen auf den Parkplatz

WNK UWG fordert optische Trenner.

Nicht nachvollziehen kann der WNK UWG -Fraktionsvorsitzende die Äußerungen von Tiefbauamtsleiter Harald Drescher zu den Parkplätzen an der Carl-Leverkurs-Straße. Drescher hatte im WGA erklärt, dass die Parkfläche so bleibt, wie sie jetzt ist, also mit zehn aufgemalten Parkplätzen, ohne optische Trennung zwischen den vier Plätzen an der Obere Remscheider Straße und den übrigen Stellflächen. Rehse bezieht sich auf eine Grafik der Stadtverwaltung, die dem Ausschuss für Stadtentwicklung und Verkehr vorlag, als der Beschluss mit elf Stimmen für die Variante drei

fiel. Auf der Grafik sind deutlich vier Pflanzkübel als trennende Elemente zu sehen. Drescher hatte sich darauf berufen, dass die Pflanzkübel nicht Bestandteil des Beschlusses gewesen seien. Die Pflanzkübel sollten laut Rehse jetzt aufgestellt werden.

Positiv findet er allerdings, dass die Stadtverwaltung jetzt doch einen Behindertenparkplatz auf dem Parkplatz unterm Weihnachtsbaum eingerichtet hat. Rehse hatte den Behindertenparkplatz angesprochen, dies sei aber abgelehnt worden. Rehse: „Dass er jetzt obwohl nicht beschlossen dort ist, finde ich gut.“ kam

WNK UWG stellt Fragen zum Freizeitpark

Henning Rehse, Fraktionsvorsitzender der WNK UWG, ist auch in den Ferien sehr aktiv. Er hat Bürgermeister Rainer Bleek bereits einige Fragen übermittelt, die er zu Wiederbeginn der Sitzungen gerne beantwortet sehen würde. Es geht um den geplanten Jugendfreizeitpark. Welche jährlichen Folgekosten und wie viele Besucher zu erwarten sind, das will Henning Rehse wissen. Richtig los geht es politisch aber erst am 12. September, wenn um 17 Uhr der Ausschuss für Stadtentwicklung und Verkehr in der Feuerwache Am Eickerberg tagt. **WKA 17.7.16**

Jugendfreizeitpark - WNKUWG stellt Fragen an Bleek

WERMELSKIRCHEN (rue) Wenn es um die Planung und Realisierung eines Jugendfreizeitparks möglicherweise an der B 51 geht, sind noch sehr viele Fragen offen. Und weil das so ist, hat Henning Rehse, Fraktionsvorsitzender der WNKUWG, einen Fragenkatalog an Bürgermeister Rainer Bleek formuliert, den der im Zuge seiner vorbereitenden Arbeiten nach den Sommerferien beantworten soll. Rehse geht es vor allem um die Nutzung des geplanten Parks. „Welche Gruppen haben bereits verbindlich und belastbar Interesse an einer Nutzung bekundet?“, fragt er. Außerdem möchte er wissen, welche baulichen Anlagen und Flächen für diese Nutzung benötigt werden. Da geht es ihm auch um die jeweiligen Investitions- und jährlichen Folgekosten, die für die einzelnen Anlagen anzusetzen sind.

Außerdem interessieren sich Rehse und seine Fraktion für die möglichen Nutzer der neuen Anlage. „Wie viele werden realistisch für die einzelnen Anlagen prognostiziert – und wie hoch ist der Anteil Wermelskirchener Bürger an diesen?“, lautet die Frage in dem Katalog.

Und schließlich der Blick über die Stadtgrenzen hinaus: „Gibt es aus anderen Städten Erfahrungen, dass bestimmte Nutzungen beziehungsweise Nutzergruppen nicht miteinander harmonisieren?“, fragt Henning Rehse in seinem Schreiben an Bürgermeister Rainer Bleek.

Pflanzkübel werden im Herbst aufgestellt

Parken unterm Weihnachtsbaum: Aus Kostengründen nur mit Farbe. **WKA 17.7.16**

Der Parkplatz an der Carl-Leverkurs-Straße unter dem Weihnachtsbaum wird doch durch vier Pflanzkübel aufgelockert. Allerdings erst im Herbst dieses Jahres.

Vor knapp zwei Wochen hatte die Stadtverwaltung den Beschluss umgesetzt und auf dem Platz zehn Parkplätze mit weißer Farbe markiert. Einer davon wurde als Behindertenparkplatz ausgewiesen. Der

Ausschuss für Stadtentwicklung und Verkehr hatte sich für eine von mehreren Varianten der Parkplatznutzung entschieden, die die Verwaltung vorgelegt hatte. In der gewählten Variante drei waren vier Pflanzkübel vorgesehen, die die Fläche auflockern und die Parkplätze entlang der Obere Remscheider Straße optisch von den übrigen trennen sollen. Nachdem es zunächst

hieß, die Pflanzkübel seien nicht Bestandteil des Beschlusses, protestierte WNK UWG-Fraktionsvorsitzender Henning Rehse. Daraufhin teilte die Verwaltung mit, dass die Pflanzkübel im Herbst aufgestellt werden sollen.

Auf eine Markierung der Stellflächen durch unterschiedliche Pflastersorten wurde aus Kostengründen verzichtet. kam